

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Drucksache 17/1500
Drucksache 17/1501
Drucksache 17/1505
Drucksache 17/1507
Drucksache 17/1509
Drucksache 17/1510
Drucksache 17/1511
Drucksache 17/1513
Drucksache 17/1516

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – GFG 2018) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/802

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1517

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen fortführen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1435

Wir setzen die gestern unterbrochenen Haushaltsberatungen fort.

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind Ihnen in den Veränderungsnachweisen dargestellt.

Meine **Hinweise** von gestern **zum Ablauf der Beratung** gelten selbstverständlich auch heute:

Erstens. Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der aktuellen Tagesordnung entnehmen.

Zweitens. Nach Beendigung der Aussprache über den Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan.

Drittens. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt, anschließend dann über den Einzelplan.

Heute nachzuholen sind die Abstimmungen über den Einzelplan 20, über das Haushaltsgesetz zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen, ebenso über das Gemeindefinanzierungsgesetz sowie über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Mein letzter Hinweis für das Beratungsverfahren: Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden auch heute keine Abstimmungen im Rahmen der Haushaltsplanberatung statt.

Mit diesen Vorbemerkungen können wir in die Beratung der Einzelpläne einsteigen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 07

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

- a) Kinder, Familie und Jugend**
- b) Flüchtlinge und Integration**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1507

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1549

Ich eröffne die Aussprache zum Teilbereich.

a) Familie, Kinder und Jugend

Herr Dr. Maelzer hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt einen Satz, der demokratisch gewählten Politikern immer wieder ins Stammbuch geschrieben wird. Er lautet:

„Macht ist auf Zeit verliehen.“

Ein solcher Satz soll Demut vor der übertragenen Aufgabe lehren. Die Aussage soll daran erinnern, dass demokratische Gestaltungsmöglichkeit kein Vorrecht und kein Privileg von Einzelnen ist, sondern ein Vertrauensvorschuss der Wählerinnen und Wähler.

CDU und FDP jedoch präsentieren uns mit ihrer Haushaltspolitik auch im Familienbereich ihre ganz eigene Interpretation dieses Satzes. Macht auf Zeit ist für sie Happy Hour im Selbstbedienungsladen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wie anders soll man es denn bezeichnen, wenn seit dem Regierungsantritt allein im Ministerium von Herrn Stamp 41 zusätzliche und zumeist hochdotierte Stellen geschaffen wurden? Herr Minister, Sie bauen das Haus, das Ihnen auf Zeit anvertraut ist, systematisch zu einer Vize-Staatskanzlei aus. Das mag aus parteitaktischen Motiven richtig sein, aber für eine FDP, die über Jahre den Abbau von Personal in Verwaltung und Ministerien gepredigt hat, ist das zumindest bemerkenswert – andere würden vielleicht sagen: Es ist bigott.

(Beifall von der SPD)

Macht wird auf Zeit verliehen. Darum soll man mit dieser Zeit auch etwas anfangen. Vielleicht sollen diese 41 Stellen das leisten, wozu die Vertreterinnen und Vertreter der Mitte-rechts-Koalition nicht imstande sind. Neue Ideen in diesem Haushalt? – Fehl-anzeige. Kein einziger Änderungsantrag zum Haushalt liegt uns von den regierungstragenden Fraktionen vor. Dabei haben wir Ihnen im Ausschuss umfassend dargelegt, wo dringender Handlungsbedarf bestünde.

Die SPD hat Ihnen vorgeschlagen, die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans um 20 % zu erhöhen. Mehr als 130 Millionen € hätten dann für Strukturen, für Projekte und für Investitionen zur Verfügung gestanden. CDU und FDP haben dies abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Ist schon erhöht!)

Stichwort: vorsorgende Familienpolitik. Nach der Wahl hat sich auf diesem Gebiet bei CDU und FDP ein bemerkenswerter Gesinnungswandel vollzogen. Während Sie früher Vorsorge verschmäht haben, soll dieser Ansatz jetzt fortgeführt werden. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Sogar „Kein Kind zurücklassen“ wird unter anderem Namen bestehen bleiben. Aber wenn dieser Wandel mehr als ein Lippenbekenntnis sein soll, dann muss man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Vorsorge und frühe Hilfe funktionieren können.

Die SPD hat Ihnen vorgeschlagen, den Ansatz für kostenfreie Elternkurse zu erhöhen. Auch finanziell benachteiligte Familien müssen die Möglichkeit haben, an diesen Kursen teilzunehmen. CDU und FDP haben dies abgelehnt.

Die SPD hat Ihnen vorgeschlagen, konkrete Maßnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ergreifen. Alleinerziehende sind hier eine ganz wichtige Zielgruppe. Sie sind häufig von einem höheren Armutsrisiko betroffen. Es gibt gute Konzepte in unserem Land; man muss diese aber

auf eine breitere Basis stellen und den richtigen Weg finden, sie auch gesetzlich zu verankern.

Der Minister nickt immer zustimmend, wenn ich vom Modellprojekt „Sonne, Mond und Sterne“ berichte. Allerdings reicht es nicht, nur zustimmend zu nicken; vielmehr muss man auch im richtigen Moment den Arm heben. CDU und FDP haben dies aber abgelehnt.

(Beifall von der SPD)

Das alles tun Sie nicht. Stattdessen ruhen Sie sich auf der einmaligen schuldenfinanzierten Finanzspritze für die Kitas aus. Dabei hat Ihnen Ihre eigene Regierung im Ausschuss schwarz auf weiß bestätigt, dass es nicht ausreicht. Unter Rot-Grün wurden mehr zusätzliche Mittel für die Kitas mobilisiert, als das bei Ihnen der Fall ist.

Meine Damen und Herren, die Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen hat Besseres verdient. Noch haben Sie die Zeit, mit der Macht, die Ihnen verliehen wurde, etwas Positives zu bewegen. Mit dem Haushalt 2018 lassen Sie die Gelegenheit dafür verstreichen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dieser Rede des SPD-Kollegen bleibt mir die Spucke weg. Wenn er von „schuldenbasierten Wohltaten“ fabuliert, hat er die Wahrheit nicht realisiert und erkennt vor allen Dingen nicht an, mit welchem Engagement die neue Landesregierung in die Regierungszeit gestartet ist

(Zuruf von der SPD)

und welch große Zustimmung sie in der Bevölkerung und vor allen Dingen in der Fachöffentlichkeit erhalten hat.

Wir reden hier über den Einzelplan 7. Wir legen also die Wurzeln, die Grundlagen für Familie, Kinder und Jugend, und damit für die gesamte Bildungsbiografie der Kinder in unserem Land.

Lassen Sie mich das anhand einiger Beispiele erläutern:

Frühe Bildung: Unser zentrales Ziel ist es, die Bildungschancen eines jeden Kindes in unserem Land zu verbessern – unabhängig von seiner sozialen oder ethnischen Herkunft. Für uns ist nicht die Herkunft eines Kindes entscheidend, sondern seine Zukunft. Denn damit entscheiden wir auch über die Zukunft unseres Landes.

Die NRW-Koalition hat hier schnell reagiert. Wir haben mit dem Nachtragshaushalt das Kita-Träger-Rettungsprogramm mit einer halben Milliarde Euro zur Verfügung gestellt und mit diesem ersten Schritt Soforthilfe geleistet.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Mit einem zweiten Schritt werden wir die strukturellen Änderungen hin zu einer auskömmlichen und dauerhaft tragfähigen Kitafinanzierung vornehmen. Wir werden das Kinderbildungsgesetz im kommenden Haushaltsjahr in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren reformieren. Damit schaffen wir grundlegend bessere Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung in NRW – sowohl finanziell als auch qualitativ. Wir werden dabei natürlich auch Aspekte des guten Projekts „Sonne, Mond und Sterne“ berücksichtigen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ach!)

Eine bessere Kindertagesbetreuung heißt allerdings auch, dass wir den Platzausbau vorantreiben müssen. Zum Kindergartenjahr 2018/2019 stehen Mittel für mehr als 19.000 zusätzliche Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege bereit. Das begrüße ich ausdrücklich.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Prävention. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Prävention überall im Land systematisch, flächendeckend und nachhaltig zu stärken. Hierzu sollen Strukturen auf örtlicher Ebene weiterentwickelt werden. Aus diesem Grund wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Unterstützungssysteme besser und dichter knüpfen. Zudem haben wir die Finanzierung des Modellprojekts „Kommunale Präventionsketten“ bis Ende 2018 sichergestellt, und für bestehende Lücken haben wir zusätzlich 1,7 Millionen € in die Hand genommen.

Jugend: Neben der frühkindlichen Bildung legt die Landesregierung einen besonderen Fokus auf die Jugendpolitik. Das zentrale Instrument ist hier der Kinder- und Jugendförderplan, dessen Mittel wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf 120 Millionen € erhöht haben, und den wir ab 2019 dynamisch anwachsen lassen.

Damit, Herr Dr. Maelzer, haben wir eine prozentual deutlich größere Erhöhung vorgenommen als Sie im letzten Jahr – auf unseren Antrag hin, nebenbei bemerkt. Bitte erkennen Sie doch an, dass hier von den Haushaltern gute Arbeit geleistet worden ist, die auch in der Fachöffentlichkeit zu einer großen Zufriedenheit geführt hat!

Die neue Landesregierung erkennt an, dass der „dritte Lernort“, wie die Vereine im Land bezeichnet werden, neben Schule und Familie auch informelle Bildung vermittelt. Dieser dritte Lernort bedeutet eine essenzielle Unterstützung für die Bildung und Ent-

wicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Das werden wir noch besser fördern als bisher – sowohl im Hinblick auf die Infrastruktur als auch die Projekte.

Familien: Auch die Familien stehen im besonderen Fokus der neuen Landesregierung. Wir werden die Familienzentren weiter ausbauen; denn hier wird niedrigschwellig ein unerlässlicher Beitrag für gute Startchancen für Kinder geleistet, und die Erziehungs- und Bildungskompetenz der Eltern wird weiter gefördert.

Die Familienbildung ist ein wichtiger Partner der Jugendhilfe, der Eltern von Anfang an an ihre Erziehungsverantwortung erinnert, sie begleitet und unterstützt. Auch diesen wichtigen Bereich wollen wir auf fast 24 Millionen € erhöhen.

Mit der Familienberatung wollen wir in 2018 eine weitere Stütze im Familienalltag mit rund 20,5 Millionen € stärker fördern. Dass hier viel Bedarf besteht, belegen die hohen Fallzahlen. Dem werden wir gerecht.

(Beifall von der CDU)

LSBTI: Die NRW-Koalition steht für die Wertschätzung von Vielfalt. Dass sich das Familienministerium – dort die Familienabteilung – um das Thema „LSBTI“ kümmert, ist ein bewusstes politisches Statement für die Gleichstellung. Der Haushaltsansatz im Bereich LSBTI wird überrollt. Mit den existierenden Mitteln werden, dem Koalitionsvertrag entsprechend, zahlreiche Aktivitäten geplant und realisiert.

Meine Erläuterungen belegen: Wir gestalten und unterstützen die Kinder- und Jugendpolitik in unserem Land aktiv. In einem kulturell zukunftsgerichteten und weltoffenen NRW stehen wir für Vielfalt und Toleranz und eröffnen jeder Frau und jedem Mann bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen von Anfang an.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frühkindliche Bildung und die Unterstützung von Familien sind zentrale politische Themen. Die Herausforderungen im Kitabereich sind groß; sie werden auch hier immer wieder in unterschiedlichster Art und Weise beschrieben.

Die Debatte zum Thema „Kinder in diesem Land“ ist heute mal erfreulich runtergezoozt, im Vergleich zu

dem, was wir sonst schon erlebt haben. Wir brauchen nämlich kein Schwarzer-Peter-Spiel, sondern eine nach vorne gerichtete Debatte darüber, was Kitapolitik, Kinder- und Jugendpolitik, Familienpolitik in diesem Land ausmacht, statt der ständigen Geschichtsaufarbeitung, wer denn was und wie möglicherweise in den Sand gesetzt hat.

Herr Minister, Sie haben immer dieses Vier-Stufen-Modell in den Raum gestellt. Wir haben schon beim Rettungspaket auf die Probleme hingewiesen, die die erste Stufe, die Sie gezündet haben, mit sich gebracht hat:

Zum einen haben wir darauf hingewiesen, dass das Gießkannenprinzip nicht unbedingt dem gerecht wird, was die einzelnen Einrichtungen brauchen.

Zum andern haben wir darauf aufmerksam gemacht – das ist in einer Haushaltsdebatte der wichtigere Punkt –, dass Sie mit einem haushalterischen Taschenspielertrick gearbeitet haben. Im Nachtragshaushalt war das Geld für das laufende Kitajahr; das ist haushalterisch durchaus richtig. Dass aber auch das Geld für das kommende Jahr im Nachtragshaushalt und nicht, wie es eigentlich haushalterisch richtig gewesen wäre, in diesem Jahr abgebildet wird, ist der Tatsache geschuldet, dass Sie nicht mehr Geld in Ihrem Haushalt haben wollten, sondern es im Nachtragshaushalt verstecken wollten.

Das ist nicht unbedingt redlich, aber sei's drum. Sie haben sich mit diesen 500 Millionen € eine Verschnaufpause verschafft, aber auch, wie ich hoffe, eine intensive Arbeitsphase, um die nächsten Stufen, die Sie angekündigt haben, jetzt auch zielgerichtet anzugehen. Sie sollten sich als guten Vorsatz fürs neue Jahr direkt ins Stammbuch schreiben, dass jetzt wirklich einmal die Eckpunkte für ein neues Kitagesetz vorgelegt werden müssen.

Ich habe Herrn Kamieth gerade andeuten hören, dass es jetzt doch kein neues Gesetz werden soll. Herr Kamieth geht vielmehr noch davon aus, dass das KiBiz reformierbar sei. Ich glaube, mit dieser Meinung steht er alleine da. Ich hoffe zumindest, dass dem so ist; denn ich gehe davon aus, dass Sie sich auf den Weg machen und ein neues, tragfähiges Kitagesetz auf den Weg bringen werden, anstatt zu versuchen, diesen KiBiz-Murks weiter zu reformieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nehmen Sie doch Stufe zwei und Stufe drei zusammen. Wie soll denn eine vernünftige und langfristige Finanzierungssicherheit in Kitas gelingen, wenn Sie die Qualität erst auf Stufe drei hinterherschieben wollen? Das muss zusammengedacht werden.

Machen Sie sich auf den Weg. Gehen Sie weg von den Kindpauschalen, die offensichtlich gescheitert sind, und hin zu einer Sockelfinanzierung, die dann auch in weiteren Säulen die besonderen Bedarfe in

den Bereichen Sprache, Motorik, Gesundheit, Inklusion usw. berücksichtigt.

Wir müssen uns dringend darüber unterhalten, wie wir die Attraktivität des ErzieherInnenberufs noch steigern können. Wir müssen über die Art und Weise sprechen, wie Erzieherinnen und Erzieher ihre Arbeit in den Kitas verrichten können. Wir müssen darüber sprechen, wie wir mehr Menschen für diesen Beruf gewinnen können. Wir müssen auch über die Bezahlung dieser Menschen sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Auch die Kindertagespflege muss in diesem Zuge weiter gestärkt werden.

Erfreulich ist aus unserer Sicht auch, dass Sie die kommunalen Präventionsketten weiter fördern wollen. Alle Kinder haben ein Recht auf gutes Aufwachsen und auf gleiche Chancen. Deshalb ist es richtig und konsequent, dass Sie den von Rot-Grün eingeschlagenen Weg weiterführen und auch die Weiterfinanzierung ermöglichen. Das können wir nur richtig finden.

Große Einigkeit besteht auch darüber, wie wichtig die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Kinder- und Jugendförderplan ist. Sowohl Rot-Grün als jetzt auch Schwarz-Gelb haben sich konsequent an die Aufstockung des Kinder- und Jugendförderplans gemacht. Dass Sie nun mit einer weiteren Aufstockung und einer Dynamisierung diesen Weg konsequent weiterbeschreiten, finden wir richtig.

Wir haben in der letzten Plenarsitzung des Landtags deutlich gemacht: Wir wünschen uns als qualitative Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendförderplans die Einführung des Gender Budgetings, damit wir noch mehr Transparenz und noch mehr Qualität hineinbringen.

(Beifall von den GRÜNEN und Anja Butschkau [SPD])

Zum Abschluss noch paar Worte zur LSBTI-Politik: Ein wichtiges Zeichen der Kontinuität und der Verlässlichkeit mit Blick auf die Politik für die offene Gesellschaft ist es, dass – Kollege Kamieth hat gerade darauf hingewiesen – die Haushaltsansätze überrollt werden.

Mit dem Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie hat die rot-grüne Landesregierung eine Blaupause bzw. einen Steinbruch an Dingen geliefert, die in diesem Land umgesetzt werden müssen. Ich habe vernommen, dass Sie an dieser Umsetzung weiterhin konsequent arbeiten wollen. Das ist richtig.

Wir werden einen Haushaltsantrag einbringen, der noch einmal einen Punkt verstärken soll, über den wir auch schon debattiert haben, und bei dem wir unterschiedlicher Auffassung sind. Ich hoffe, dass ich Sie

hinsichtlich der Notwendigkeit einer Landeskoordinierungsstelle für Regenbogenfamilien noch überzeugen kann.

Dieser Bedarf wurde bislang nicht abgedeckt. Für die Menschen und die Regenbogenfamilien in diesem Land ist es aber notwendig, dass wir hierbei spezielle Unterstützung leisten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Haushalt geht es um Chancengerechtigkeit; es geht um Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

Ich freue mich über die Rede von Dr. Maelzer. Er bleibt damit der Linie der SPD treu: große Reden halten, aber nur wenig umsetzen. Das passt zum Profil dessen, was wir in den letzten sieben Jahren vorgelegt bekommen haben.

Wir werden das jetzt in mehreren Punkten anders machen. Wir werden den Kinder- und Jugendförderplan neu aufstellen und neu ausrichten. Ich bin sehr froh, dass wir ihn auf 120 Millionen € anpassen

(Zuruf von der SPD: 130 Millionen € wären besser!)

und einen historischen Schritt vornehmen werden. Wir werden nämlich eine Dynamisierung einführen, sodass die Träger und die Betroffenen nicht jedes Mal nach fünf Jahren in eine defizitäre Situation geraten, sondern auskömmlich arbeiten können. Das ist ein historischer Schritt. Ich möchte der Landesregierung für diesen Vorschlag recht herzlich danken.

(Beifall von der FDP)

Ein zweiter Punkt, für den die Freien Demokraten lange gekämpft haben, und bei dem sich SPD und Grüne jahrelang verweigert haben, ist die Evaluierung von familienpolitischen Leistungen. Erstmals in der Geschichte des Landes steht diese Position nun im Haushalt. Wir wollen Familienzentren, Familienbildung und Familienberatung evaluieren sowie schauen, wie die Leistungen ankommen, wo man verbessern kann und wo man eventuell noch nachsteuern muss.

Wenn man Steuergelder ausgibt und gewisse Zielvorstellungen hat, wohin das Geld fließen soll, ist es wichtig, diesen Prozess immer wieder einmal zu überprüfen. Ich bin sehr froh und dankbar, dass wir das in diesem Haushaltsjahr entsprechend angehen werden.

Ein drittes Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, und wo ich froh bin, dass sich CDU und FDP dabei auf einen guten Kurs verständigt haben, ist der Kampf gegen Kinderarmut. Aus der Zeit von Hannelore Kraft haben wir eine sehr schlechte Bilanz vorgefunden. Jedes dritte Kind in Nordrhein-Westfalen ist von Armut betroffen. In den letzten Jahren haben wir außer dem Programm „Kein Kind zurücklassen“ nichts vorgelegt bekommen.

Wir wollen das an verschiedenen Punkten anders machen. Zunächst wollen wir dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniert. Am stärksten von Armut betroffen sind alleinerziehende Frauen; daher brauchen wir eine gute Kitabetreuung in Nordrhein-Westfalen.

Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der Präventionsarbeit. Das geht damit los, dass wir die Jugendämter vor Ort unterstützen, aber auch Präventionsketten aufbauen. Eine einzelne Maßnahme hilft da nicht weiter; das war der Fehler, den Rot-Grün damals gemacht hat.

Ein nächstes Thema, das wir angehen wollen und müssen, ist die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule auf Augenhöhe. Dort müssen wir die Jugendlichen abholen. In Zukunft wird diese Zusammenarbeit immer wichtiger werden, weil nur so Jugendliche echte Chancen erhalten.

Die größte Aufgabe, die wir in dieser Legislaturperiode vor der Brust haben, ist das Kinderbildungsgesetz. Von SPD und Grünen haben wir da einen absoluten Scherbenhaufen präsentiert bekommen – sieben Jahre lang Ankündigungspolitik, sieben Jahre lang keine Ergebnisse.

In einem ersten Schritt mussten wir ein Rettungspaket über 500 Millionen € auf den Weg bringen, um den Trägern eine finanzielle Leistung zukommen zu lassen, damit sie überhaupt überleben können.

Wenn 80 % der Träger defizitär arbeiten, ist es extrem wichtig, einen solchen Schritt zu gehen, damit man in den nächsten Jahren ein gutes neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg bringen kann, das solche Probleme ausmerzt. Dabei geht es natürlich darum, dass wir eine auskömmliche Finanzierung auf den Weg bringen. Es geht darum, dass wir die aktuellen Probleme des KiBiz ausmerzen und die Tagespflege und die Kitas tatsächlich gleichbehandeln.

Frau Paul, natürlich geht es auch darum, den Erziehermangel anzugehen. Ich hätte mir gewünscht, dass von den Grünen und von der SPD in den letzten Jahren Vorschläge gekommen wären, wie man das hätte auf den Weg bringen können. Es geht darum, die dualisierte Ausbildung tatsächlich so gut auszugestalten, dass sie flächendeckend im Land angenommen wird.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Weil 16.000 Erzieherinnen in diesem Land fehlen, ist es notwendig, dass wir im Parlament entsprechende Rahmenbedingungen setzen, damit Träger auch ausbilden, sodass wir in Zukunft auch über Qualitätsverbesserungen diskutieren können.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen einen Plan vorgelegt, wie wir mit dem Kinderbildungs-gesetz umgehen werden und wie wir hier vorgehen werden. Wir werden auch Schritt für Schritt daran herangehen, weil es darum geht, die Qualität nach vorne zu bringen. Es geht darum, das vernünftig zu machen und nicht irgendwelche Schnellschüsse zu starten, um nicht in ein paar Jahren ähnliche Probleme zu haben, wie wir sie heute vorfinden. Der Haushalt 2018 ist dafür ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen und hoffe, dass das Parlament diesem Haushaltsentwurf zustimmt, damit es tatsächlich mehr Chancengerechtigkeit für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land gibt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Dworeck-Danielowski.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, wenn man sich Ihre Rede vom 28. September 2017 im Familienausschuss zu Gemüte führt, kann man eigentlich kaum glauben, dass die rot-grüne Landesregierung tatsächlich abgelöst wurde.

Im Koalitionsvertrag klingt es noch so verheißungsvoll:

Familien

„stehen im Mittelpunkt unserer Politik.“

„Dabei ist die Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern.“

Der Kindertagesbetreuung kommt

„eine die Eltern unterstützende und ergänzende – jedoch keine ersetzende – Funktion zu.“

„Unser Ziel ist, ihnen die größtmögliche Wahlfreiheit zu eröffnen.“

Und zu guter Letzt:

„Familien, bei denen ein Elternteil die Kinder zu Hause betreut, sollen ebenfalls aktive Unterstützung erfahren.“

Mein Eindruck ist allerdings gewesen, dass Ihre persönliche Vorstellung von Familienpolitik eine völlig andere Tonart an den Tag legt: eine Politik für – Zi-

tat – Familien als Fundament einer fortschrittsorientierten Gesellschaft oder, besser gesagt, Politik für Familien als Fundament einer schönen neuen Welt; Ihrer schönen neuen Welt.

Glauben Sie wirklich noch, dass Familien heute unter den starren Rollenbildern leiden? Glauben Sie wirklich, dass starre Rollenbilder die Ursache für immer mehr Einzelhaushalte, weiterhin hohe Scheidungsra-ten, niedrige Geburtenraten und eine viel zu hohe Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen sind? Glauben Sie wirklich, dass das heute tatsächlich noch ein zentrales Problem von Familien ist?

Es geht auch so weiter. Ihre euphemistische Beschreibung des Wunsches vieler Eltern nach – Zitat – freierer und partnerschaftlicher Aufteilung von familiären und beruflichen Aufgaben ist doch der blanke Hohn, meine Damen und Herren. Vielleicht trifft das in Ihren akademischen Kreisen auf ein selbst gestaltetes Rollenverständnis zu. Für die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen ist es jedoch bittere Notwendigkeit. Vergessen Sie nicht: Nach wie vor sind fast 80 % aller Eltern in Deutschland Arbeiter und Angestellte. Familien sind nach wie vor der Lastesel der Gesellschaft.

So, wie es aussieht, wird Schwarz-Gelb daran auch nichts ändern. Eine abenteuerliche Steuerlast und immer wieder neue Zwangsabgaben tragen doch mit dazu bei, dass ein Einkommen schon lange nicht mehr ausreicht, um eine Familie zu ernähren. Aber was tun Sie für die viel zitierte echte Wahlfreiheit in Sachen Kinderbetreuung? Ich sehe zwar Bemühungen, allerdings immer nur in eine Richtung, nämlich in Richtung der Fremdbetreuung.

Neu ist in der Tat die Fokussierung auf die Kinderwunschbehandlung. An sich ist das ein sehr schöner Gedanke. In diesem Zusammenhang könnte man sich aber auch einmal fragen, was die Politik dazu beitragen könnte, damit die Kinder, die schon auf natürlichem Weg gezeugt wurden, so erwünscht sind, dass sie zur die Welt kommen dürfen. Dies will ich aber nur am Rande erwähnen und zu dem sicher sehr wichtigen Anliegen „unerfüllter Kinderwunsch“ zurückkommen.

Hier möchte ich aus dem „Ärzteblatt“ vom März 2017 zitieren:

„Es ist ein Armutszeugnis moderner Gesellschaften, dass inzwischen nicht eine echte Infertilität das Gros der Frauen zur Kinderwunschtherapie nötigt, sondern der verlorene Wettlauf gegen das Alter.“

Meine Damen und Herren, besser wäre es, diesen Missstand zu erkennen und gegenzusteuern, also Bedingungen zu schaffen, damit jüngere Paare sich ohne Sorgen für Familie entscheiden können. Denn was bedeutet es für diese Familien und letztlich für eine ganze Gesellschaft, wenn Eltern immer älter

werden? Haben Sie sich jemals ernsthaft über die Folgen einer derartigen Familienpolitik Gedanken gemacht?

Die Behandlung ist für viele Paare psychisch und physisch eine große Belastung und bei Weitem nicht immer von Erfolg gekrönt. Mehrlingsgeburten kommen häufiger vor. Spätere Geschwisterkinder sind aufgrund des hohen Alters der erstgebärenden Mutter unwahrscheinlich. Die gesundheitlichen Risiken späterer Schwangerschaften nimmt man billigend in Kauf, obwohl diese Frauen auf natürlichem Wege hätten schwanger werden können; lediglich zu einem früheren Zeitpunkt.

Und was heißt das denn noch? Oma werden mit 80? Der natürliche Kreislauf des Füreinander wird durch die Zementierung dieses Missstandes dramatisch gestört.

Nein, Herr Minister Stamp, für Ihre Version von Familienpolitik kann es von unserer Seite aus nur Widerstand geben.

Noch ein Wort an die lieben Kollegen von der CDU: Viele Wähler haben sich von Ihren Wahlkampfslogans blenden lassen. Sie haben uns im Wahlkampf, insbesondere bei der Landtagswahl, teilweise sogar rechts überholt. Die Wähler haben sich einen Regierungswechsel erhofft, einen echten Kurswechsel, auch in der Familienpolitik. Deshalb haben die Menschen CDU und FDP gewählt.

(Jochen Ott [SPD]: Ach, Quatsch!)

Was machen Sie jedoch? Sie setzen die rot-grüne Einheitspolitik fort, und es gibt überhaupt keine ideologische Abweichung, keine Korrektur dieses falschen Kurses. Das ist schade. Schwarz-Gelb hat jetzt die Chance, selber zu gestalten. Sie sitzen doch an den Hebeln der Macht.

Enttäuscht kann man nur sein, wenn man vorher getäuscht wurde. Und glauben Sie mir: Die Wähler kriegen das mit. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dworeck-Danielowski. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen muss zum Land der Chancen werden. Das ist das Ziel von uns als Landesregierung. Jeder in unserem Land muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und auf Aufstieg haben.

Wir wissen, dass die Grundlagen dafür schon in den ersten Lebensjahren gelegt werden. Deswegen gilt

unsere ganze Aufmerksamkeit auch den ganz Kleinen und der frühen Bildung.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wir haben Ihre Haushaltsänderungsanträge lebhaft in Erinnerung!)

Wir haben dieses Ministerium aufgewertet, Herr Kollege Maelzer. Vielleicht ist es ja auch ein bisschen Neid darauf, dass das Ministerium in der Vergangenheit bei der Regierung Kraft eben nicht die Rolle gespielt hat, die Sie sich als Fachpolitiker sicherlich gewünscht hätten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie haben die halbe FDP im Ministerium!)

Wir haben bereits die halbe Milliarde Euro für die Kitas auf den Weg gebracht sind jetzt dabei, mit Mitarbeitern des Hauses, die ein schwarzes Parteibuch, ein rotes Parteibuch, ein gelbes Parteibuch und auch ein grünes Parteibuch haben, gemeinsam für dieses Land die Reform des KiBiz auf den Weg zu bringen. Für uns im Haus zählt nicht das Parteibuch, sondern alleine die Leistung und Orientierung an den Kindern in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben versprochen, dass wir die frühe Bildung in Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne bringen. Dieses Versprechen werden wir halten.

Ich habe gesagt, dass der erste Schritt das Kita-Träger-Rettungspaket mit einem Umfang von einer halben Milliarde Euro ist. Das war dringend nötig, weil das Ganze unterfinanziert war. Deshalb haben wir das auch über den Nachtragshaushalt geregelt.

Wir haben es extra so unbürokratisch wie möglich gemacht. Damit haben wir dafür gesorgt, dass in den kommenden zwei Jahren kein Kindergarten in Nordrhein-Westfalen schließen muss. Inzwischen wurde eine halbe Milliarde Euro von den beiden Landesjugendämtern an die Jugendämter bewilligt und ausbezahlt – noch in diesem Jahr. Deswegen sind wir genau diesen Weg gegangen und haben es so unbürokratisch wie möglich gehalten. Das ist der Erfolg.

Die Begeisterung in der Trägerszene ist auch entsprechend groß. Das können Sie hier nicht kleinreden.

Die Jugendämter leiten die Gelder jetzt an die Träger weiter. Die Träger können unbürokratisch in eigener Verantwortung über den Einsatz der Mittel entscheiden – ganz so, wie es den Nöten und Notwendigkeiten vor Ort entspricht.

Wir wissen ganz genau, meine Damen und Herren, dass das nur der erste Schritt gewesen ist und dass wir dauerhaft ein auskömmliches System auf den Weg bringen müssen. Deswegen werden wir die

Hängepartie der KiBiz-Reform beenden. Wir haben viel Zeit verloren.

Herr Maelzer, in jeder Sitzungsperiode erinnern Sie noch einmal daran, dass es Rot-Grün in sieben Jahren nicht gelungen ist, eine solche Reform auf den Weg zu bringen. Es gab schon den Vorschlag, den Kollegen Maelzer in der Öffentlichkeitsabteilung unseres Hauses zum Mitarbeiter des Monats zu machen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wir werden dabei im Übrigen auch die Kindertagespflege insbesondere für die unter Dreijährigen als familiennahes Angebot fest im Blick behalten.

Meine Damen und Herren von der SPD, der von Ihnen hier geforderte um rund 4 Millionen € erhöhte Baransatz bei der Kindertagespflege ist nicht nur nicht nachvollziehbar; im Vorfeld der Neuregelung des Finanzierungssystems ist er auch nicht zielführend.

Nach der Sicherung der Auskömmlichkeit ist dann der nächste Schritt die Verbesserung der Qualität. Dabei ist mir neben der Verbesserung des Betreuungsschlüssels vor allem die sprachliche Förderung sehr wichtig.

Der vierte Punkt ist schließlich die Flexibilität. Sie haben es angesprochen: Es gibt hier gute Pilotprojekte, die wir uns anschauen, die wir evaluieren und die wir auch weiter ausbauen werden. Aber auch hier ist es nicht zielführend, schon im Vorfeld Einzelprojekte besonders zu highlighten.

Das Thema der Randzeitbetreuung muss im Rahmen eines Gesamtkonzeptes umfassend geregelt werden. Sie hätten das in den vergangenen Jahren schon längst mit einem vernünftigen Gesamtkonzept auf den Weg bringen können und müssen. Das werden wir jetzt in dieser Legislaturperiode tun. Das werden wir auch vernünftig machen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das werden wir dann ja sehen!)

Meine Damen und Herren, es geht natürlich auch um den Ausbau der Plätze. Nordrhein-Westfalen wird hier in den kommenden Jahren weiter investieren und die Zahl der Betreuungsplätze entsprechend dem Bedarf ausbauen. Für den Ausbau von Plätzen für Kinder bis zum Schuleintritt stehen seit dem Sommer 2017 für die nächsten Jahre rund 286 Millionen € an Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, bei all dem, was wir für Kinder und Familien tun, ist es für uns selbstverständlich, die Kinder und Familien immer fest in den Blick zu nehmen, die es besonders schwer haben. Deswegen hat von uns keiner im Vorfeld von Wahlen gesagt, wir wollten Präventionsketten zerschlagen. Ganz im Gegenteil: Wir haben immer kritisiert, dass

der Slogan „Kein Kind zurücklassen!“ eben einfach nur ein Slogan geblieben ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen werden wir unsere Politik ganzheitlich ausrichten. Dazu gehören selbstverständlich auch weiterhin die Präventionsketten. Wir werden sie in Ruhe analysieren und im Übrigen dafür sorgen, dass sie jetzt erst einmal für weitere Kommunen ausreichend finanziert sind. Dann werden wir sehen, wie wir die Präventionsarbeit weiterentwickeln und noch verbessern können.

Nicht schöne Slogans, sondern die konkrete Arbeit und konkrete Verbesserungen zählen. Wir haben die Präventionsarbeit jetzt solide finanziert. Wir werden dafür sorgen, dass wir für die Kinder, für die das besonders wichtig ist, auch wirklich einen Schritt weiterkommen. Hierfür stellen wir 1,7 Millionen € zusätzliche Mittel bereit.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch kurz etwas zu den Familienzentren sagen, von denen gerade Kinder und Familien in schwierigen sozialen Lagen sehr profitieren. Rot-Grün hatte für das kommende Jahr keine Förderung neuer Familienzentren vorgesehen. – Herr Maelzer, da sollten Sie zuhören und sich das vielleicht auch merken, bevor Sie das möglicherweise in einem falschen Zusammenhang in der nächsten Sitzungsperiode hier wieder thematisieren.

Wir wollen nun im Kindergartenjahr 2018/2019 zusätzliche Haushaltsmittel für den Ausbau von 150 neuen Familienzentren zur Verfügung stellen. Für diesen Zweck werden weitere 1,7 Millionen € bereitgestellt.

Selbstverständlich werden wir auch in der Familienpolitik diejenigen nicht alleine lassen, die unsere Unterstützung besonders brauchen.

So wird natürlich auch Familien, die das finanziell nicht stemmen können, die Teilnahme an „Elternstart NRW“ in Zukunft möglich sein. Zur Mitte des Förderjahres besteht regelmäßig Gelegenheit, zusätzliche Mittel für Gebührennachlass zu beantragen, die in der Regel auch genehmigt werden – im Übrigen auch für Flüchtlingsfamilien; dafür haben wir mit weiteren Mitteln gesorgt.

Die SPD fordert für die Familienbildung im Bereich des Gebührennachlasses für sozial benachteiligte Familien und des Angebots Elternstart NRW zusätzliche Mittel in Höhe von rund 1 Million €.

Auch die Verbraucherinsolvenzberatung stärken wir. Wir unterstützen sie weiter und haben im Vergleich zum Haushaltsjahr 2017 zusätzliche Haushaltsmittel für Personalkosten in Höhe von 800.000 € bereitgestellt. Das ist die höchste Anhebung seit Beginn der Förderung.

Frau Paul, Sie haben das Thema „LSBTI“ zu Recht angesprochen. Sie wissen, dass dieses Thema uns wichtig ist. Deswegen haben wir das politische Zeichen gesetzt, das LSBTI-Referat bei uns in der Familienabteilung anzusiedeln und es dort klar zu positionieren.

Wir beabsichtigen, den „NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ im Grundsatz weiterzuführen. Er beschreibt die programmatische Ausrichtung und die praktische Umsetzung der Gleichstellungsarbeit im Bereich LSBTI für Nordrhein-Westfalen. Ich behalte mir allerdings vor, den bisher sehr aufwendigen Prozess konzeptionell, zeitlich, personell und finanziell anders zu gestalten und auch mit einigen neu gewählten Akzenten zu versehen.

Lassen Sie mich zuletzt die Jugendpolitik ansprechen. Auch das ist von Ihnen eben genannt worden. Hier geben Sie mir, lieber Herr Maelzer, die Steilvorlage, dass wir das herausarbeiten können. Ich freue mich in der Tat ganz besonders darüber, dass uns das, was von der Jugendarbeit in NRW zu Recht schon länger gefordert wird, gelungen ist, nämlich die Sicherstellung der Auskömmlichkeit des Kinder- und Jugendförderplans; denn damit legen wir die Grundlage für eine innovationsstarke Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden die Mittel des KJFP von 109,2 Millionen € auf 120,2 Millionen € erhöhen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Warum nicht auf 130 Millionen €?)

Was vor allem wichtig ist: Wir werden darüber hinaus diese Mittel ab 2019 dynamisch aufwachsen lassen. Das ist eine wesentliche Forderung der Verbände gewesen, damit sie in Ruhe ihre Arbeit planen können. Hiermit bleibt die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen dauerhaft stabil.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, mal verkünden Sie, diese Landesregierung würde nichts anderes tun, als die Projekte der Regierung Kraft weiterzuführen; mal hört man von Ihnen, wir würden soziale Kälte verbreiten und seien eine Mitte-rechts-Regierung.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Über das mit der Mitte müssen wir noch einmal nachdenken!)

Das ist in sich zutiefst widersprüchlich – es sei denn, wir kämen demnächst zu Ihrer Forderung, Herr Maelzer, dass zukünftig auch eine rot-grüne Regierung eine Mitte-rechts-Regierung wäre. Das wäre letztlich in sich logisch, wenn Sie die Dinge, die Sie bei uns gutheißen und fortgesetzt sehen wollen, zukünftig dann auch selbst betreiben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Diese Logik habe ich jetzt nicht verstanden!)

Dann werden wir uns einmal darüber unterhalten, wie die politische Mitte hier in Nordrhein-Westfalen neu vermessen wird.

Wir stellen die Familien, die Kinder und die Jugendlichen in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir machen die wichtige Arbeit – im Gegensatz zu Ihnen auskömmlich finanziert –, die nötig ist, damit es den Familien, Kindern und Jugendlichen in unserem Land gut geht.

Ich bin froh – das möchte ich abschließend betonen –, dass wir bei allen Auseinandersetzungen, die wir im Ausschuss haben,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

darüber sehr fair diskutieren und auch in der Tonlage, wie ich finde, im Vergleich zur letzten Legislaturperiode sehr vernünftig miteinander umgehen. Deswegen freue ich mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. – Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Stamp. – Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung bereits jetzt ihre Redezeit um 1:38 Minuten überzogen hat.

Ich frage, ob es noch Wortmeldungen zum Teilbereich a des Einzelplans 07 gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Teilbereich

b) Flüchtlinge und Integration

Ich darf hierzu als erstem Redner in der Aussprache dem Kollegen Yetim für die Fraktion der SPD das Wort geben.

Ibrahim Yetim (SPD): Danke. – Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Was gab es vor ungefähr sechs Monaten für einen Trommelwirbel, was gab es für ein Getöse, als diese Mitte-rechts-Koalition angekündigte, Nordrhein-Westfalen zum Motor der Integrationspolitik in Deutschland machen zu wollen! Dann kam dieser Haushalt, und wir stellten fest: Der Motor ist ein Tuk-Tuk.

Die SPD-Fraktion findet es gut – das will ich gern zugeben –, dass die Mitte-rechts-Koalition die integrationspolitischen Strukturen und Programme, die in den vergangenen Jahren unter Rot-Grün aufgebaut worden sind, fortführt, zum Beispiel das

Programm KommAn-NRW oder auch die Einrichtung der kommunalen Integrationszentren.

Ich würde aber gern und viel lieber über neue Aspekte und neue Ideen der Mitte-rechts-Koalition sprechen und Ihnen sagen, welche Ideen davon wir gut finden und welche wir kritisieren.

Gerade im ersten Jahr einer Regierungskoalition werden üblicherweise neue Projekte gestartet. Das Problem heute ist leider, dass das für die Mitte-rechts-Koalition in Nordrhein-Westfalen nicht zutrifft.

Statt sich Gedanken über die Förderung von Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Anerkennung, Schul- und Berufseinstieg und somit auch gesellschaftlicher Anerkennung und Aufstieg zu machen, verkämpfen sich der Minister und seine Staatssekretärin Frau Güler seit Monaten mit ihrem Plan zur Abschaffung der Integrationsräte.

Statt Wege aufzuzeigen, wie wir Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund gleiche Chancen beim Einstieg in den Beruf geben können, ist die Lösung des Ministers die Ankündigung einer Bundesratsinitiative zur vereinfachten Namensänderung. Aus Mustafa soll dann Michael werden, um Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Statt zum angekündigten Chancen-Ministerium ist das Ministerium für Kinder, Familien, Flüchtlinge und Integration zu einem Haus der ungenutzten Möglichkeiten geworden. Es ist ein Gemischtwarenladen geworden, in dem die Integrationspolitik zu meinem großen Bedauern zu einem Restposten geworden ist.

Das merkt man sehr deutlich. Die Integrationspauschale versickert im Haushalt, obwohl CDU und FDP in den letzten Jahren genau das Gegenteil gefordert hatten.

(Daniel Sieveke [CDU]: Sie haben es versickern lassen!)

Es ist gerade einmal ein Jahr her, dass der heutige Minister Stamp und seine heutige Staatssekretärin Güler mit ihren Fraktionen entsprechende Anträge eingebracht haben. Die CDU-Fraktion wählte damals die Formulierung „vollständig“. Die FDP-Fraktion sprach von einem „erheblichen Teil“ der Weitergabe der Integrationsmittel.

Jetzt wird das zuständige Ministerium von einem FDP-Politiker geleitet und hat eine CDU-Staatssekretärin. Und was kommt bei der Integrationspauschale am Ende für die Kommunen heraus? Nichts! Es ist schon eine beachtliche Leistung, wenn man sich innerhalb von zwölf Monaten an seine eigenen Forderungen und Anträge nicht mehr erinnern kann.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Die Flüchtlinge, die in den letzten Monaten und Jahren zu uns gekommen sind, werden auch zukünftig

viel Unterstützung bei der Integration benötigen. Dass diese Mitte-rechts-Landesregierung nun ausgerechnet bei der sozialen Beratung von Flüchtlingen spart, ist erschreckend. Die Träger beraten die Flüchtlinge vor Ort und helfen bei sozialen, schulischen, beruflichen und gesundheitlichen Fragen. Die Nachfrage danach wird eher zu- als abnehmen.

Die Kürzungen dieses Ansatzes sind daher absolut unverständlich und leider auch nicht besonders vorausschauend. Dann nützt es auch nichts, zu sagen: Wir haben da eine Einigung gefunden. – Es muss in diesem Haushalt stehen. Zumindest muss es dazu einen Antrag geben. Das sehe ich aber nicht.

(Beifall von Jochen Ott [SPD] und Berivan Aymaz [GRÜNE])

Nur zu glauben, es werde zutreffen, was uns im Ausschuss gesagt wird, ist mir zu wenig.

Die Mitte-rechts-Koalition hat bekanntermaßen ein Faible für Rankings. Das haben wir im letzten Jahr und auch in diesem Jahr mitbekommen. Ich will das gern aufgreifen, Herr Minister.

Den Spitzenplatz bei den Neueinstellungen belegt Ihr Ministerium. Sie machen den Regierungswechsel zum teuersten der Geschichte. Man merkt: Sie versorgen Ihre Parteimitglieder, ohne zu wissen, was sie eigentlich tun sollen.

Das haben wir im letzten Ausschuss auch festgestellt. Auf die Frage, was diese 17 neu eingestellten Mitarbeiter und die weiteren Mitarbeiter, deren Verträge entfristet wurden, denn tun sollen, kam keine Antwort. Sie sollen irgendwo im Flüchtlingsbereich oder Integrationsbereich angesiedelt werden. Aber die Frage, was sie tun sollen, ist leider nicht beantwortet worden.

Deswegen ist das für mich eine bodenlose Versorgung von Parteimitgliedern, wie es sie noch nie gab.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

– Da darf man klatschen, ja.

Spitze sind Sie auch bei der Erhöhung der Mittel zur Verfügung des Ministers. Dieser Schampus-Topf – so will ich ihn nennen – wird mal eben um 25 % erhöht. Die Kommunen bekommen nichts. Die soziale Beratung bekommt nichts. Der Minister gönnt sich aber mal eben 2.000 € Monat für Monat. Es ist auch nicht erklärbar, warum das so ist. Aber diese Erhöhung um 25 % ist nun einmal da.

Deswegen werden wir diesen Einzelplan ablehnen, weil die Mitte-rechts-Koalition unserer Meinung nach im falschen Bereich erhöht, im falschen Bereich kürzt und keine eigenen, neuen Ideen hat. Diese Mitte-rechts-Koalition ist eben nicht der Motor der Integrationspolitik. Sie ist eher der Hemmschuh der Integrationspolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yetim. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Wermer das Wort. Bitte schön.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nicht alles anders, aber vieles besser machen: Unter diesen Anspruch stellt die NRW-Koalition den Haushaltsentwurf zum Einzelplan 07.

(Jochen Ott [SPD]: Hat nicht geklappt!)

Denn nicht alles, was die Vorgängerregierung im Bereich der Integrationspolitik unternommen hat, ist per se schlecht.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Nein, wir wollen nur vieles besser machen. Das geht natürlich nicht ganz ohne Veränderungen. Wichtig sind uns aber vor allem Verbindlichkeit und Verlässlichkeit für eine gelingende Integrationspolitik:

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

- Veränderung an den Stellen, an denen sie notwendig und sinnvoll ist
- Verbindlichkeit, indem wir klar differenzieren: Wer benötigt Schutz vor Krieg oder Verfolgung? Wer hat eine Bleibeperspektive? Wer wird auf Dauer Teil unserer Gesellschaft? Wer bekennt sich klar und deutlich zu unseren Werten und Gesetzen?
- Verlässlichkeit für die Menschen, die in unser Land kommen
- Verlässlichkeit aber auch für alle, die an diesem Integrationsprozess beteiligt sind – wie die Kommunen, die Verbände, soziale Einrichtungen und auch die vielen ehrenamtlichen Helfer in unserem Land

Dort, wo es sinnvoll und geboten ist, wird es sachpolitische Kontinuität geben. Zugleich werden wir prüfen, welche Maßnahmen fortgeschrieben und welche weiterentwickelt werden müssen.

Aber dort, wo es in der Vergangenheit unter anderer Verantwortung Stillstand oder Fehlentwicklungen gegeben hat, müssen wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land neue Wege entwickeln und beschreiten.

Der vorliegende Haushaltsentwurf – davon bin ich überzeugt – wird diesen Ansprüchen mit den gesetzten Schwerpunkten und der gegebenen finanziellen Ausstattung gerecht. Entgegen den Scheindebatten

über vermeintliche Kürzungen empfinde ich es als lobenswert, dass der vorliegende Haushaltsentwurf Anpassungen an tatsächliche Bedarfe enthält, wie dies zum Beispiel im Hinblick auf die soziale Beratung von Flüchtlingen der Fall ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei stellen wir sicher, dass es nicht zu einem Substanzverlust kommen wird. Der Minister hat ausdrücklich zugesichert, dass alle bisherigen Stellen in der sozialen Beratung von Flüchtlingen weiter finanziert werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es nützt aber nichts, einfach einen gut ausgestatteten Finanztopf bereitzustellen, wenn die Mittel nicht abgerufen werden.

Insgesamt möchten wir also einen Haushalt, der realistischer und ehrlicher ist, als er es in den vergangenen Jahren war.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Lassen Sie mich Ihnen vier Beispiele nennen:

Erstens. Die auskömmliche und langfristige finanzielle Absicherung der Arbeit der Kommunalen Integrationszentren, kurz KI. Die NRW-Koalition schafft mit der überjährigen Verpflichtungsermächtigung bis zum Ende der Legislaturperiode für die KI Planbarkeit und Verlässlichkeit. Wir schätzen die wichtige Arbeit, die dort geleistet wird.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Das erfolgreiche Programm KommAn-NRW, das Ende 2017 ausgelaufen wäre, wird fortgeführt. KommAn-NRW fördert das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge in den Kommunen und leistet damit einen wichtigen Anteil am Integrationsprozess. Ebenso wird die Förderung bei den Integrationsagenturen und den Migrantenselbstorganisationen auf dem erreichten hohen Niveau fortgeführt. Für die Fortführung des Programms KommAn-NRW und die auskömmliche Finanzierung der KI werden insgesamt rund 15,3 Millionen € zusätzlich bereitgestellt.

Drittens: die Durchführung von Kampagnen im Bereich Einbürgerung und zur Umsetzung des Ziels, mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte in den öffentlichen Dienst zu bringen. Dafür werden ungefähr 800.000 € eingeplant, die zur Wertevermittlung und zur gesellschaftlichen Teilhabe beitragen. Unser Ziel ist es, jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig von seiner Herkunft Chancen auf einen sozialen Aufstieg zu eröffnen.

Viertens – jetzt mache ich es ganz kurz –: Das Landesgewaltschutzkonzept für Frauen und für Menschen verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten soll in den Landeseinrichtungen weiter umgesetzt werden. Außerdem soll ein Konzept zum

Schutz religiöser Minderheiten erarbeitet werden. Für diese wichtigen Vorhaben sehen wir ein Plus von 5,7 Millionen € vor.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist in unseren Augen eine realistische Einschätzung. Er steht für Verlässlichkeit und Verbindlichkeit, aber auch für Veränderung an den gebotenen Stellen. Damit setzt er finanzpolitisch die richtigen Schwerpunkte und findet die volle Unterstützung der CDU-Fraktion. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Wermer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Aymaz das Wort. Bitte schön.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Sehr geehrter Herr Minister Stamp, zunächst einmal zu dem Guten an Ihrem Haushaltsplan zur Flüchtlings- und Integrationspolitik: Sie setzen tatsächlich zum größten Teil erfolgreiche Projekte aus unserer Regierungszeit fort. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie gehen aber mit einem sehr widersprüchlichen Signal in die Haushaltsberatung. Auf der einen Seite setzen Sie die Förderung der Kommunalen Integrationszentren oder das Förderprogramm „KommAn-NRW“ fort, bei dem der Schwerpunkt auf der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements liegt, was wir ausdrücklich begrüßen.

Auf der anderen Seite sind im Haushaltsplan Kürzungen von 17 Millionen € – Sie wissen das, ich habe es mehrmals angesprochen –, also über 40 %, bei dem Programm „Soziale Beratung von Flüchtlingen“ vorgesehen. Diese massiven Kürzungen bedeuten die Zerschlagung der dringend benötigten Beratungs- und Betreuungsstrukturen.

Daher war die Einbringung des Haushaltsentwurfs nicht nur für uns ein Schock, sondern auch für die Träger der sozialen Beratung für Flüchtlinge; denn Sie, Herr Minister Stamp, hatten zu Beginn Ihrer Amtszeit genau das Gegenteil angekündigt. Auf unseren Berichtswunsch im Integrationsausschuss hin versicherten Sie, dass Sie der sozialen Beratung große Bedeutung beimessen und sich beim Finanzminister mindestens für die Fortführung der Mittel aus dem Jahr 2017 oder am liebsten darüber hinaus für den Ausbau des Budgets starkmachen wollten.

(Minister Dr. Joachim Stamp: Ist ja auch so gekommen!)

– Ich erinnere daran, dass Sie sogar darum baten, Ihnen dafür die Daumen zu drücken. Ich habe gesagt: Da drücke ich Ihnen ganz herzlich die Daumen. – Was aber ist aus Ihren Verhandlungen geworden? Eine Kürzung der Mittel um satte 40 %.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege zeigt sich in ihrer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf tief schockiert und spricht sogar – ich zitiere – von einer „Störung des Vertrauens an die in den letzten Jahren sehr konstruktive und enge, am Bedarf orientierte Zusammenarbeit“.

Nach einer breiten Empörung von Akteuren aus der Flüchtlingsarbeit, teilweise auch aus den Kommunen sagten Sie dann – und das sprach auch die Kollegin Frau Wermer gerade noch einmal an –, dass es sich nicht um Kürzungen handle, sondern lediglich um Bedarfsanpassungen. Das stimmt aber so nicht ganz. Das haben wir auch anhand der Beratungsunterlagen, die Sie für den Integrationsausschuss auf unseren Wunsch hin zur Verfügung gestellt hatten, mehrmals genauestens nachgewiesen.

Dann sicherten Sie zu, Herr Minister Stamp – wieder auf unsere Nachfrage hin –, dass alle Stellen weiterfinanziert würden. Ich finde es gut, dass Sie diese Zusage den Trägern inzwischen auch schriftlich mitgeteilt haben. Allerdings ist im Haushalt immer noch nicht ersichtlich, aus welchen Mitteln Sie all diese Stellen tatsächlich finanzieren wollen. Eine transparente und verlässliche Haushaltsberatung ist das nun wirklich nicht, und das machen wir nicht mit.

(Beifall von den GRÜNEN und Nadja Lüders [SPD])

Denn die regionale Beratung von Geflüchteten, die der Unterstützung bei behördlichen Verfahren und der Orientierung in unserem Gemeinwesen dient, ist für uns unverzichtbar. Darum braucht es verlässliche Angaben.

Auch wenn der aktuelle Zuzug von Geflüchteten niedriger ist als in den vergangenen drei Jahren, muss gerade jetzt eine nachhaltige Integration der neu Zugewanderten sichergestellt werden. Die psychosozialen Zentren führen bereits lange Wartelisten. Sie wissen, dass auch da eine Kürzung absolut nicht angebracht wäre. Deshalb lehnen wir den Einzelplan 07 ab.

Herr Minister Stamp, noch im Juli haben Sie eine verbindliche Integrationspolitik angekündigt, und zwar eine, die es so noch nie gegeben habe.

(Minister Dr. Joachim Stamp: Genau!)

Das von Ihnen angekündigte große Neue sehe ich in diesem Haushaltsentwurf nicht. Mit einer Promikampagne zur Einbürgerung und ein paar Stellen für die Verwaltung können Sie nicht behaupten, das große Neue entdeckt und aufgeführt zu haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Aymaz. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Lenzen das Wort. Bitte schön.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn kurz ein paar Worte an die Kollegen der AfD – das fiel schon gestern bei den Haushaltsberatungen auf und war irgendwann kein Zufall mehr –: Ich glaube, bei jedem Einzelplan haben Sie das Thema „Flüchtlinge“ für sich entdeckt. Man konnte den Eindruck gewinnen, Sie vermuten hinter jeder Haushaltsstelle gleich einen illegalen Flüchtling. Das fiel gestern auf. Schauen wir einmal, ob Sie das heute noch so durchziehen.

(Andreas Keith [AfD]: Das stimmt noch nicht einmal! – Roger Beckamp [AfD]: Zum Thema!)

Zurück zum Thema – das wollen wir klar zum Ausdruck bringen –: Die NRW-Koalition möchte das Land zum Motor einer verbindlichen, aber auch klar einer aufgestellten Integrationspolitik machen. Wir haben nicht umsonst die Themenfelder Ausländerrecht, Ausländerpolitik bis hin zur Einbürgerung und Integration in einem Ministerium zusammengeführt.

Um diese großen Herausforderungen zu meistern – das mag die Opposition vielleicht kritisieren –, haben wir das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration entsprechend personell aufgestellt. Damit wollen wir zum einen den Herausforderungen gerecht werden, zum anderen Integrationspolitik aus einer Hand gestalten.

Neben den organisatorischen Neuaufstellungen wollen zu einer verbindlichen Integrationspolitik kommen. Zugleich halten wir an unserem Ziel fest, allen Menschen unabhängig von Ihrer Herkunft Chancen auf sozialen Aufstieg und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Stichwort „mehr Verbindlichkeit“: Gerade hinsichtlich der Vermittlung von Sprache, Bildung und Arbeit, aber auch der aktiven Wertevermittlung legt die NRW-Koalition entsprechende Schwerpunkte. Dabei spielen die Kommunalen Integrationszentren eine wichtige Rolle. Das sehen Sie auch im Haushaltsplan an den entsprechenden Ansätzen für das Jahr 2018 und für die Folgejahre. Wir haben die Kommunalen Integrationszentren nicht nur mit 1,9 Millionen € entsprechend finanziell gestärkt, sondern geben auch den Kommunen endlich Planungssicherheit bis 2022.

Ja, die Opposition hat es angesprochen. Aber da muss man auch ein bisschen unterscheiden. Da, wo es sinnvoll ist, wird die NRW-Koalition sinnvolle Projekte fortsetzen, zum Beispiel „KommAn-NRW“, das

bei Ihnen sonst zum Jahresende ausgelaufen wäre. So haben wir auch das Sonderprogramm zur Einwanderung aus Südosteuropa im Blick.

Wenn wir immer hören, was Rot-Grün fortgesetzt hätte, was von Ihnen angedacht wäre, so ist es auch wichtig, zu sagen: Mit 15,3 Millionen € stärken wir die Integrationsarbeit vor Ort und setzen „KommAn-NRW“ fort. Wir setzen nicht auf kurzfristige Effekte, sondern wollen das Ganze verstetigen.

Ganz kurz zum Kollegen Yetim, Stichwort „Integrationspauschale“: Wer keinerlei verbindliche, mit Mitteln hinterlegte Planung hinterlässt, in 2016 und 2017 alles einbehält, wer sich – vom Wähler veranlasst – aus der Regierungsverantwortung auf die Oppositionsbank setzen musste und sich dann zum Retter der Kommunen aufspielt, der ist wenig glaubwürdig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann noch kurz zur Kollegin Aymaz: Ich weiß, Sie haben die Kürzungen mehrfach angesprochen.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Ich habe es vorge-rechnet!)

Der Minister und ich sowie die Kollegin Wermer haben es Ihnen mehrfach erklärt. Aber alle Erklärungsversuche scheitern, wenn man es nicht verstehen möchte,

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir passen die Haushaltsansätze den Realitäten an und nehmen letzten Endes keine Bunkerplanungen mehr vor, wie Sie es getan haben.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Im Gegensatz zu Ihnen habe ich Zahlen angeführt!)

Kommen Sie zurück in die Realität.

Ich denke, bei dem Thema „Integrationspauschale“ ist auch dem Kollegen Yetim klar, dass es bei einem solchen Haushalt, bei dem wir analog der Realität planen, keine Spielräume in dreistelliger Millionenhöhe gibt. Aber – und das können wir hier und heute zusagen – es gilt ganz klar die Aussage: Wenn der Bund entsprechende Mittel weiter zur Verfügung stellt, werden wir diese eins zu eins an die Kommunen weitergeben.

Wir sehen die Kommunen als einen zentralen Partner der Integrationspolitik. Auch wir stehen an der Seite der Kommunen und wollen sie weiter entlasten, zum Beispiel bei der Verteilung der Flüchtlinge. Wenn es rechtlich möglich ist und nur eine geringe Bleibeperspektive besteht bzw. mit der Ablehnung des Asylantrags zu rechnen ist, müssen wir dahin kommen, dass die Flüchtlinge bis zur freiwilligen Ausreise bzw. Rückführung in den Landeseinrichtungen verbleiben. Bis dahin wollen wir sie dort belassen und dadurch die Kommunen indirekt entlasten. Deswegen haben wir 5 Millionen € mehr für die erforderliche Instandhaltung der Landeseinrichtungen in den

Haushalt eingestellt, sodass die Summe nun bei 19 Millionen € liegt.

Genauso haben wir – auch wenn Sie es nicht angesprochen haben, ich erinnere Sie gerne daran – beim Härtefallfonds für die Krankheitskosten Asylsuchender den Schwellenwert halbiert, und zwar von 70.000 auf 35.000 €. Den Haushaltsansatz haben wir dort noch einmal um 1,2 Millionen € gestärkt, um gerade übermäßige Belastungen durch Einzelfälle zu vermeiden.

Dieser Haushaltsplan steht für eine zielorientierte Integrationspolitik, und deswegen werden wir ihm zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lenzen. – Für die Fraktion der AfD hat Frau Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort. Bitte schön.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wähler haben vom Superministerium mehr erwartet, und das zu Recht. Statt sich zuerst um die Idee der Ausweitung der Einbürgerung zu kümmern, hätte man in Anbetracht der Situation in vielen Kommunen einen Schwerpunkt auf die Rückführung setzen müssen – Rückführung all derer, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, die zum Teil aber schon seit Jahren von den Kommunen geduldet werden.

Hier reden wir natürlich nicht von Rückführung in Kriegsgebiete, sondern vor allem von Rückführung nach Serbien, Albanien, Mazedonien, in den Kosovo, aber auch nach Marokko, in den Irak oder nach Afghanistan, dort natürlich nur in befriedete Gebiete.

Es kann auch nicht sein, dass eine illegale Einreise nach Jahren der Geduld auf der einen und Hartnäckigkeit auf der anderen Seite nachträglich legalisiert und mit Einbürgerung belohnt wird. Stattdessen wäre es sinnvoll gewesen, die Rückführung zu zentralisieren und die Kommunen so von Aufgaben, denen sie augenscheinlich nicht gewachsen sind, von denen sie überfordert sind, zu entlasten, so wie Sie es im Koalitionsvertrag angekündigt haben. Aber davon sehen wir bisher nichts.

(Beifall von der AfD)

Beim Integrationshaushalt war ich schon darauf gefasst, heute wieder die Kritik der SPD und vor allem der Grünen zu hören, die mit der Anpassung des Ansatzes an den tatsächlichen Bedarf zusammenhängt. Offenbar haben Sie es immer noch nicht verstanden, aber das wundert mich nicht.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Erklären Sie uns es doch einmal!)

Denn in rot-grün regierten Kommunen werden die Ansätze auch generell nicht den Realitäten angepasst.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Sie haben sich nicht einmal die Zahlen angeguckt!)

Zum Inhalt kommt da keine Kritik, und genau das ist dann unser Problem; denn im Großen und Ganzen bleibt ja alles beim Alten. Eine neue Ausrichtung sehen wir nicht. Dabei wäre es an der Zeit gewesen, die Integration vom Kopf auf die Füße zu stellen. Integration richtet sich nicht einfach an jeden, der zu uns kommt, sondern an diejenigen, die ein langfristiges Bleiberecht haben oder zwecks Arbeit oder Studium legal zu uns gekommen sind.

Für alle anderen sind Aufenthaltshilfen geboten. Zusätzlich halten wir auch Maßnahmen zur Qualifikation für die Rückkehr in die Heimat für sinnvoll; denn in absehbaren Friedenszeiten werden insbesondere Handwerker für ehemalige Kriegsgebiete gebraucht. Junge Männer und auch junge Familien werden dringend in befriedeten Gebieten benötigt. Das bestätigen auch immer wieder die Regierungschefs vieler Balkanländer, die heute noch auf die Rückkehr ihrer ehemaligen Kriegsflüchtlinge warten.

Die Aufgabe von Integration ist es, dass Menschen, die dauerhaft in unserem freiheitlich-demokratischen und gleichberechtigten Land leben werden, Teil unserer Gesellschaft werden können. Keinesfalls darf die Bildung von Parallelgesellschaften zugelassen werden, wie es heute in vielen Großstädten die Norm geworden ist.

Wer dann tatsächlich in unserer Gesellschaft angekommen ist, dem soll selbstverständlich auch der Weg in die Einbürgerung offenstehen, aber bitte als volles Bekenntnis zu einem Staat; denn ich kann wohl kaum einer Erdogan-Türkei und einem Deutschland gegenüber in gleicher Weise loyal sein.

(Beifall von der AfD)

Türkeistudien sind daher aus unserer Sicht keine Hilfe bei der Integration. Sie gehören einfach nicht in diesen Haushalt.

Dagegen sind Sprache, Arbeit, aber auch der Wille zur Annahme unserer Art zu leben unerlässlich. Die Abschaffung von christlichen oder jüdischen Festen im öffentlichen Raum, separate Badezeiten für Männer und Frauen

(Zuruf von der CDU)

oder sogar Zwangsverheiratungen sind keineswegs ein Zeichen von gelungener Integration. Daher ist dieses Weiter-so in der Integrationspolitik kaum zu verstehen.

Verbindlichkeit ist erst dann mit Inhalt gefüllt, wenn exakt definiert ist, was das Ziel von Integration sein

soll. Da wäre sogar eine Wiederbelebung der Diskussion um die deutsche Leitkultur, die ja aus der CDU kam, recht sinnvoll. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walger-Demolsky. Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort. Bitte schön.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Zum Stichwort „Rückführung“ eine Bemerkung vorweg: Manchmal würde ich auch gerne die AfD rückführen, und zwar auf den Boden des Rechtsstaats. Ich glaube, das wäre eine schöne Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ansonsten kann ich Ihnen sagen: Wir sind bei den freiwilligen Ausreisen bundesweit führend und liegen bei den zwangsweisen Rückführungen weit über dem Bundesdurchschnitt. – So viel zur Legendenbildung, die von manchem hier in einer solchen Debatte betrieben wird.

(Zuruf von der AfD)

Ich habe eben vom Land der Chancen gesprochen und will noch einmal deutlich sagen: Dafür brauchen wir eine neue Einsteigermentalität in Nordrhein-Westfalen. Menschen müssen wieder Freude daran haben, ihre Talente zu entwickeln, sich einzubringen und zu gestalten, weil sie sehen: Es bringt mich voran, und das bringt diese Gesellschaft voran. – Das muss ganz selbstverständlich auch für die Bürgerinnen und Bürger mit Einwanderungsgeschichte gelten. In Nordrhein-Westfalen ist das nämlich jeder vierte von uns.

Wir müssen ganz klar verdeutlichen: Diese Menschen sind ein Teil von uns, gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Bürgergesellschaft mit allen Rechten und auch allen Pflichten.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wir müssen aber auch – das gehört dazu – Integration von Anfang an aktiv fördern und einfordern. Beides meine ich, wenn ich sage: Wir brauchen eine neue Verbindlichkeit in der Integrationspolitik. Darum geht es uns.

Herr Kollege Yetim, Sie haben das vielleicht für sich noch nicht nachvollzogen, aber Sie werden es im Laufe dieser Legislaturperiode sicherlich erkennen; das traue ich Ihnen durchaus zu. Diesen Weg geht die Landesregierung.

Wir sind auch schon einen wichtigen Schritt vorangekommen. Dazu gehört, dass wir die Kommunalen Integrationszentren verlässlich bis 2022 absichern. Insofern setzen wir eben nicht, wie Sie ausgeführt haben, einfach rot-grüne Politik fort; denn für die Kommunalen Integrationszentren war in der mittelfristigen Finanzplanung kein Cent mehr vorgesehen. Wir sind diejenigen, die jetzt für eine verlässliche Integrationspolitik in den Kommunen sorgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das gilt genauso für die Mittel von „KommAn-NRW“. Auch die haben wir bis zum Ende der Legislaturperiode gesichert. Damit geben wir natürlich einen Teil dessen, was die Integrationspauschalen angeht, direkt an die Kommunen weiter. Wir geben sie strukturiert weiter. Das wissen Sie ganz genau. Insofern muss ich von dem, was ich an dieser Stelle in diesem Hause in der letzten Legislaturperiode gesagt habe, auch keinen Satz zurücknehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dadurch, dass Sie für 2017 nicht entsprechend geplant haben und auch in der mittelfristigen Finanzplanung für 2018 und die Folgejahre keine Fortsetzung vorgesehen haben, haben Sie verhindert, dass die Integrationspauschale entsprechend berücksichtigt wird. Wir werden das, wenn es vom Bund frisches Geld in diese Richtung gibt, in der geeigneten Form und in der geeigneten Struktur an die Kommunen geben, damit wir auch hier die Verbindlichkeit vor Ort weiter unterstützen können.

(Vereinzelter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Vielfalt braucht Wertschätzung. Wir wollen für ein solches Klima der Wertschätzung sorgen

(Nadja Lüders [SPD]: Das haben wir schon mal gehört!)

und aktiv um Menschen mit Einwanderungsgeschichte werben, sei es mit einer offensiven Einbürgerungskampagne oder mit einer Kampagne für die Mitarbeitergewinnung im öffentlichen Dienst.

Wir wollen mehr Teilhabe und mehr gesellschaftliche Partizipation ermöglichen bis hin zur Chance, als deutsche Staatsbürger voll gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden. Das ist nämlich der Unterschied zu Ihren nicht verfassungskonformen Bemühungen um ein kommunales Ausländerwahlrecht. Wir wollen, dass die Einwanderer tatsächlich mit allen Rechten und Pflichten Deutsche werden, und dann sollen sie bitte auch auf allen Ebenen wählen können und nicht nur auf der kommunalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In der Flüchtlingspolitik – das ist der zweite Haushaltsbereich – haben wir die Mittel an die rückläufige

Entwicklung der Anzahl der Geflüchteten angepasst, aber eben ohne Substanzverlust.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Das gilt selbstverständlich auch für die soziale Beratung von Flüchtlingen. Jede Stelle, die in diesem Jahr soziale Beratung geleistet hat, wird auch 2018 weiter finanziert. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich finde es ein Stück unredlich,

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

dass hier, nachdem ich Ihnen das im Ausschuss garantiert habe, wieder die Mär aufgetischt wird, wir würden die Mittel in diesem Bereich kürzen. Wir haben einen völlig überdehnten Haushaltsansatz sinnvoll zurückgeführt mit der politischen Garantie dafür, dass an der Sache selbst nicht gekürzt wird. Das kann man dann auch einmal akzeptieren, statt durch permanente Wiederholungen den Menschen hier Unsinn zu erzählen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Gabriele Walger-Demolsky [AfD] – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie haben damit die Szene verunsichert, nicht wir,

(Zurufe von der SPD)

indem Sie nämlich genau diesen Unsinn dort verbreitet haben.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das ist unser Job!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, Ihre Redezeit.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Es ist nicht Ihr Job, Frau Kollegin, die Szene zu verunsichern, sondern es ist Ihr Job, hier eine gute Oppositionspolitik zu machen und vernünftige Alternativen vorzustellen. Da ist aber nichts gekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE] – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Unlauter ist auch Ihr Antrag zu einer zusätzlichen Förderung von Geduldeten nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Denn unser Regierungshandeln folgt dem Prinzip der Kontinuität der Regierungsführung. Wir erfüllen die Verträge, die Sie damals geschlossen haben.

Ich kann mich ganz genau erinnern: Als wir alle bei Hannelore Kraft zum Integrationsgipfel gesessen haben, habe ich mich gewundert, wie die kommunalen Spitzenverbände verhandelt haben. Ich selbst habe mich damals noch für die Interessen der Kommunen eingesetzt, die jedoch gesagt haben: Mit Minister Jäger kommen wird schon selbst klar. – Jetzt halten wir

uns genau an diese Linie, und Sie machen uns das zum Vorwurf. Das ist doch ein Witz. Das ist doch schlichtweg ein Witz.

Deswegen zieht Ihre Kritik auch an dieser Stelle nicht. Sie können sich darauf verlassen, dass wir das Flüchtlingsaufnahmegesetz in aller Konsequenz aufarbeiten und genau sehen werden, welche zusätzlichen Bedarfe für die Kommunen da sind. Wir werden die kommunale Familie nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit, Herr Minister.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Sie haben des Weiteren mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, dass die nächste Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes nach einer Überprüfung der Angemessenheit

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

der Höhe der Pauschale durch eine landesweite Erhebung der tatsächlichen Unterbringungskosten erfolgen soll. Auch an diese Vereinbarung fühlen wir uns gebunden. Deswegen wird die Ermittlung der Istkosten an dieser Stelle, wie ich es eben ausgeführt habe, entsprechende Berücksichtigung finden.

Also: Wir erfüllen das, was Sie vertraglich vereinbart haben,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

und werden darüber hinaus sehen, wie wir die Kommunen entlasten können.

(Nadja Lüders [SPD]: Sehen wir!)

Wir machen die Rückführung effizienter und beherbergen Flüchtlinge Schritt für Schritt länger in den Landeseinrichtungen, weil wir auch an der Stelle Kommunen entlasten möchten. Zunächst machen wir das für die diejenigen mit geringer Bleibeperspektive und sukzessive dann auch für alle Asylbewerber bis hin zur endgültigen Entscheidung über ihren Asylantrag.

Selbstverständlich erfüllen wir unsere Versprechen für eine bessere Finanzierung der Kommunen auch an anderer Stelle. Nicht zuletzt haben wir dies bereits über das Gemeindefinanzierungsgesetz getan.

Dann ist es mir noch ein wichtiges Anliegen, darauf hinzuweisen, dass wir die Mittel für den Gewaltschutz für Frauen und LSBTI in den Landeseinrichtungen im Vergleich zur Vorgängerregierung um 5,2 Millionen € erhöht haben, um dadurch für mehr Sicherheit für diese Gruppe besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge zu sorgen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Denn wir erleben immer wieder, dass Einzelne aus den ganz besonders vulnerablen Gruppen in den Einrichtungen fast dieselbe Situation vorfinden, vor der sie im Heimatland geflohen sind. Deswegen gibt es für diese Gruppe, für die unser Asylrecht im Besonderen gedacht ist, eine entsprechende Verantwortung. Auch das werden wir umsetzen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, die Redezeit.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: In Summe bringen diese Maßnahmen wirkliche Verbesserungen, meine Damen und Herren. Das ist die substanzielle politische Arbeit, und die werden wir mit der NRW-Koalition konsequent fortsetzen.

Herr Yetim – den Satz müssen Sie mir noch erlauben –, bei Ihren Ausführungen frage ich mich, ob gestern möglicherweise zu vorgerückter Stunde auf der Weihnachtsfeier der SPD Wetten abgeschlossen worden sind, wer den Begriff „Mitte-rechts“ heute am häufigsten formuliert.

(Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD])

Vielleicht haben Sie ein Bier gewonnen. Wenn Sie verloren haben sollten, gebe ich Ihnen gern an anderer Stelle einen aus. Dann müssen Sie nicht traurig sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: In der Sache haben wir uns häufig zünftig die Meinung geegigt, wie sich das zwischen anständigen Demokraten beim Ringen um die besten Lösungen gehört. Auf der anderen Seite haben wir insgesamt im Ausschuss – ich habe es vorhin schon für den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend gesagt – von der Tonalität her, glaube ich, einen sehr fairen Austausch. Ich würde mich freuen, wenn wir das im kommenden Jahr fortsetzen könnten.

Ich wünsche Ihnen an dieser Stelle ein gesegnetes Weihnachtsfest, uns allen vielleicht auch ein paar Tage, um zur Ruhe zu kommen, um ein bisschen nachzudenken. Dann können wir im kommenden Jahr gemeinsam weiter um die besten Ideen streiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. Ich will mir an der Stelle dann doch einen Hinweis erlauben: Stichwort „Ver einbarung“ ist der eine Punkt. Wir haben uns hier allesamt miteinander auf Redezeiten verständigt. Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung zu beiden Teilbereichen die verabredeten Redezeiten überzogen hat, insgesamt um 12:16 Minuten.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Hallihallo!)

Der Landesregierung steht es selbstverständlich frei, jederzeit das Wort zu ergreifen. Allerdings steht es mir als sitzungsleitender Präsidentin natürlich auch zu, den Redner – auch den Redner einer Landesregierung – auf die Verabredung bezüglich der Redezeiten hinzuweisen. Es ist eine Frage der Wertschätzung, zumindest zu reagieren, dass man diese Hinweise zur Kenntnis genommen hat. Ich unterstelle, dass das offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen werden konnte. Zukünftig werde ich das entsprechend deutlich machen.

Selbstverständlich haben jetzt auch alle anderen Fraktionen die Möglichkeit, sich zu diesem Einzelplan noch einmal zu Wort zu melden. Bei einer Redezeitüberziehung von 12:16 Minuten ist es das Recht des Parlaments.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU] – Weitere Zurufe)

Gibt es den Wunsch? – Das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sind wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich b) Flüchtlinge und Integration.

Verabredungsgemäß finden keine Abstimmungen in der Zeit bis 14 Uhr statt, sodass wir erst zu einem späteren Zeitpunkt über den Einzelplan und die Änderungsanträge abstimmen können.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09

Ministerium für Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1509

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1546

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1550